

# STAATSARCHIV HAMBURG

314 -15 Oberfinanzpräsident  
Abl. 1998

W 13

Beschleidsseite

# Fragebogen

Az.: 0 1488 - W 13 - BV 339 -

OFD: Hamburg

## 1) Personalangaben des Berechtigten:

Name und Vorname:  
(bei Frauen auch Geburtsname)

Dr. Warburg, Rudolf

Geburtsdatum und Geburtsort:

11.10.1893 in Hamburg

jetzige Anschrift:

6, Woodside, West Horsley, Surrey/England

letzter Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung:

Lt.Erbschein des Amtsgerichts Hamburg-Blankenese - 7 VI 1/57 - Alleinerbin Ilse Gudrun Warburg geb.Ohlshausen, jetzt wohnhaft:

bei Minderjährigen Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters:

32 Minchin Close, Leatherhead, Surrey/England

## 2) Personalangaben des Verfolgtten:

(nur auszufüllen, wenn Berechtigter nicht personengleich mit dem Verfolgten ist.)

Name und Vorname:  
(bei Frauen auch Geburtsname)

Warburg, Dr. Rudolf

Geburtsdatum und Geburtsort:

Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung oder Deportation:

Hamburg

## 3) (von der OFD auszufüllen)\*):

Bezeichnung der Beschlüsse und Vergleiche, auf Grund deren in einem Rückerstattungsverfahren eine Zahlungsverpflichtung

1. des Deutschen Reichs (einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost),

### Beschlüsse:

a) Landgericht Hamburg, 2. Wiedergutmachungskammer vom 1.12.1952 -Az.: 2 WiK 582/52-VI/Z 678 -3- Wertpapiere ✓

b) Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg vom 16.11.1951 -Az.: VI/Z 678 -2- Guthaben, Judenvermögensabgabe, Reichsfluchtsteuer

c) - dto. - vom 24.10.1952 -Az.: VI/Z 678 -4- Umzugsgut ✓

d) - dto. - vom 6.6.1952 -Az.: VI/Z 678 -5- Gold- und Silbersachen ✓

\*) Aufzunehmen sind alle der OFD bekannten Beschlüsse und Vergleiche ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Anspruch dem zu Ziffer 1) genannten Berechtigten allein oder gemeinsam mit anderen Berechtigten zusteht.

2. des ehemaligen Landes  
Preußen,

3. der ehemaligen National-  
sozialistischen Deutschen  
Arbeiterpartei (NSDAP),  
deren Gliederungen, deren  
angeschlossenen Verbände  
und der sonstigen aufge-  
lösten NS-Einrichtungen,

4. der Reichsvereinigung der  
Juden in Deutschland und  
des Auswanderungsfonds  
Böhmen und Mähren

festgestellt worden ist.

4) Liegen weitere Beschlüsse  
oder Vergleiche vor, nach  
denen Ihnen allein oder ge-  
meinsam mit anderen Berech-  
tigten rückerstattungsrecht-  
liche Geldansprüche gegen  
einen der in Ziffer 3) ge-  
nannten Rechtsträger zu-  
stehen?

(Anzugeben ist die Rückerstattungs-  
behörde, Datum und Aktenzeichen  
des Beschlusses oder des Vergleichs)

nein

5) Haben Sie allein oder gemein-  
sam mit anderen Berechtigten  
**weitere** rückerstattungsrechtliche  
Geldansprüche gegen einen  
der in Ziffer 3) genannten  
Rechtsträger geltend  
gemacht?

(Angabe der Rückerstattungsbe-  
hörde und des Aktenzeichens)

nein

6) Welche von den in Ziffer 3)  
bis 5) genannten rückerstat-  
tungsrechtlichen Geldan-  
sprüchen sind ganz oder teil-  
weise abgetreten, verpfändet  
oder gepfändet worden?

./.

Gfs. ist anzugeben  
a) in welcher  
b) Name und  
Abtretungs-  
oder Pfand

Auf welche von  
3) bis 5) gen-  
stattungsrecht  
sprüchen hab  
Leistungen od  
halten?

Gfs. ist anzugeben  
a) von welcher  
b) in welcher

Haben Sie  
ansprüche an

(Anzugeben sind  
digungsansprü-  
der für Schade  
Körper oder C  
Freiheit)

Gfs. ist anzugeben  
cher Entschä-  
und unter  
zeichen.

Haben Sie e  
tigten für  
rückerstattu  
Befriedigung  
rechtlicher C  
vorgesehene  
stellt?

Gfs. ist Name  
des Bevollmäch-  
tigten geben.

Gfs. ist anzugeben

- a) in welcher Höhe,
- b) Name und Anschrift des Abtretungsempfängers oder Pfandgläubigers.

7) Auf welche von den in Ziffer 3) bis 5) genannten rückerstattungsrechtlichen Geldansprüchen haben Sie bereits Leistungen oder Darlehen erhalten?

Gfs. ist anzugeben

- a) von welcher Stelle,
- b) in welcher Höhe.

zu 3) a - d lt. Darlehnsvertrag vom 28.3.1957

Oberfinanzdirektion Hamburg zu W 13 BV 33  
DM 9.611.43

8) Haben Sie Entschädigungsansprüche angemeldet?

(Anzugeben sind sämtliche Entschädigungsansprüche mit Ausnahme der für Schaden an Leben, an Körper oder Gesundheit oder an Freiheit)

Gfs. ist anzugeben, bei welcher Entschädigungsbehörde und unter welchem Aktenzeichen.

Amt für Wiedergutmachung Hamburg  
zu WG 1110 93  
B 7112  
jetzt Wg 1601 04

9) Haben Sie einen Bevollmächtigten für das im Bundesrückerstattungsgesetz für die Befriedigungsrückerstattungsrechtlicher Geldansprüche vorgesehene Verfahren bestellt?

Gfs. ist Name und Anschrift des Bevollmächtigten anzugeben.

ja, - mein Generalbevollmächtigter ist:

Rechtsanwalt und Notar  
Dr. Hermann Wilmanns,  
Hamburg-Blankenese, Bahnhofstr. 31  
Tel. 86.02.94

10) An welche Stelle sollen die Zahlungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz geleistet werden?

(Bei Devisenausländern wird in der Regel die Errichtung eines liberalisierten Kapitalkontos erforderlich sein.)

Lib.Ka.Konto  
Dr.Rudolf Warburg Erben  
Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co.  
Hamburg

11) Sonstige Bemerkungen des Berechtigten:

Dr.Rudolf Warburg ist am 28.April 1956 verstorben und lt.Erbschein des Amtsgerichtes Hamburg-Blakenese - 7 VI 1/57 - von seiner Witwe Ilse Warburg geb.Ohlshausen als Alleinerbin beerbt worden. Ilse Warburg geb.Ohlshausen ist geboren zu Hamburg 16.I.1904  
Anschrift jetzt:

32 Minchin Close  
Weatherhead  
Surrey/England

Ich versichere, daß ich meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht habe.

Horsley  
(Ort)

, den 15. September 1957  
(Datum)

Ilse Warburg  
(Unterschrift)

als Alleinerbin nach  
Dr.Rudolf Warburg

DR. I

be  
d.

Comme  
Westho  
Hambu  
Vereins  
Postsch



# FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

## SOZIALBEHÖRDE

### AMT FÜR WIEDERGUTMACHTUNG

SPRECHZEITEN:  
MONTAG U. DONNERSTAG 8-13 UHR

FERNSPRECHER: 34 15 31 } App. 32  
BEHORDENNETZ: 21 }

Aktz.: Wg. 1601 04 -13-  
(Bei Beantwortung bitte angeben)

Sprechzeit nur  
montags von 7<sup>30</sup> - 15<sup>00</sup> Uhr.  
Besucher können an den übrigen  
Tagen nicht empfangen werden.

Hamburg, den 21. 5. 1958  
Wi/Mi

An die  
Oberfinanzdirektion Hamburg  
Büro Wiedergutmachung  
H a m b u r g 13  
Hartungstr. 5

**Oberfinanzdirektion  
Hamburg**  
\* 27. MAI 1958 \*

Betr.: Wiedergutmachungssache Ilse Gudrun Warburg geb. Ohlshausen  
geb. 16.1. 1904 in Hamburg, woh-nh.: 47, Long Reach/Engl.  
als Alleinerbin nach Dr. Rudolf Warburg

Mit Vergleich vom 23.1.58 wurde der Antragstellerin für eine  
von dem Erblasser gezahlte Abgabe an die Deutsche Golddiskont-  
bank in Höhe von RM 7.178.-- eine Entschädigung, umgestellt  
10 : 2 in D-Mark, gezahlt.

Da diese Abgabe durch Hingabe von Wertpapieren zu einem  
Annahmewert von RM 7.178.90 beglichen worden ist, gehen even-  
tuelle Rückerstattungsansprüche bis zur Höhe von DM 1.435.78  
auf die Freie und Hansestadt Hamburg, Sozialbehörde, Amt für  
Wiedergutmachung, gem. § 25 BRüG über.

I.A.

W 434

(Wittig)

Sachbearbeiter

20 13 - 40434

Hamburg, den 16. 5. 58

Kartei vermerkt,  
erste Vermerk auf  
Fragebogen in Kartei

1. Vermerk auf Kartei legen.  
Vergleich kann nicht erfolgen,  
da kein Anspruch anhängig!  
in. Notiz auf Kartei in vorgenommen.
2. 4113 in Bescheid abge-  
ablegen.

Vor 1958

2. 1. 58

(Billew)

Reg. Nr. 1656

Durchschrift

**Bescheid**

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRüG -) vom 19. 7. 1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

der Berechtigten:

Frau Ilse Gudrun Warburg,  
geb. Ohlhausen  
32, Minchin Close  
Weatherhead, Surrey / England

als Rechtsnachfolger<sup>in</sup> nach Dr. Adolf Warburg  
letzter inländischer Wohnort: Hamburg

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt und Notar  
Dr. Hermann Wilmanns,  
Hamburg-Blankenese, Bahnhofstr. 31

folgenden Bescheid:

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen / und / gütlichen Einigungen zu Grunde:

1. Beschluss des Landgerichts Hamburg,  
2. Wiedergutmachungskammer, vom 1.12.1952  
- Az: 2 Wlk 582/52 - VI/Z 678-3-
2. Beschluss des Wiedergutmachungsamts  
beim Landgericht Hamburg, vom 16.11.1951  
- Az: VI/Z 678 -2-
3. Beschluss des Wiedergutmachungsamts  
beim Landgericht Hamburg, vom 24.10.1952  
- Az: VI/Z 678 -4-
4. Beschluss des Wiedergutmachungsamts  
beim Landgericht Hamburg, vom 6.6.1952  
- Az: VI/Z 678 -5-

## II.

Aus diesen Beschlüssen stehen der Berechtigten nach  
Messgabe der §§ 14 bis 26 BRUG folgende Ansprüche  
zu:

Zu Ziffer I,1	DM 929.50
Zu Ziffer I,2	DM 577.18
Zu Ziffer I,3	DM 9 000.--
Zu Ziffer I,4	DM 2 641.05

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird  
auf

DM 13 147.73

(i.W.: Dreizehntausendeinhundertsiebenundvierzig  
73/100 Deutsche Mark)

festgestellt.

## III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist bis zu dem  
in § 32 Abs.2 BRUG bestimmten Zeitpunkt auszuführen.  
Er ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung  
eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu  
verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu er-  
füllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962  
befriedigt.

## IV.

Auf die nach Ziffer III zu leistende Zahlung wird  
gemäß § 36 BRUG das Darlehen von DM 9 611,43 mit  
Wirkung vom 6.4.1957 angerechnet.

## V.

Stehen der Berechtigten neben den in Ziffer II auf -  
geführten Ansprüchen weitere rückerstattungsgerechtlche  
Geldansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechts -  
träger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil -  
Bescheid.

## VI. Gründe



VI.

G r u n d e:

Durch den in Ziffer I,1 genannten Beschlusse ist das Deutsche Reich verpflichtet worden, dem verstorbenen Dr. Rudolf Warburg für entzogene Aktien im Annahuse - wert von RM 2 034,50 Schadensersatz zu leisten.

Gemäße Erbschein des Amtsgerichte Hamburg-Blankenese vom 4.1.1957 - Az: 7 VI 1/57 ist die Berechtigte als Alleinerbin ausgewiesen.

Die Höhe des Schadensersatzbetrages richtet sich gemäße § 16 BRUG nach dem Wiederbeschaffungswert (Kurswert) der entzogenen Aktien am 1.4.1956. Dieser Kurswert ist anhand der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr.195 vom 10.10.1957 ermittelt worden. Abgeliefert wurden:

RM 1.300.- Deutsche Continental Gasse, Dessau  
Aktien, Kurs 65% = DM 845.--  
Hinzu kommen gemäße  
§ 16 Abs.2 BRUG 10% für  
entgangene Dividenden DM 84,50

Der Anspruch der Berechtigten zu Ziffer I,1 beläuft sich auf DM 929.50

Durch den in Ziffer I,2 genannten Beschlusse ist die Ersatzpflicht des Deutschen Reichs für ein eingezogenes Bankguthaben in Höhe von RM 4 617,35 festgestellt worden.

Dieser Anspruch ist gemäße §§ 15,22 BRUG in Verbindung mit Art.25 REG im Verhältnis 10 : 1 auf Deutsche Mark umzustellen = DM 461,74  
Hinzu kommt gemäße § 15 Abs.2 BRUG eine Zinspauschale von 25% = DM 115,44

Die weiter in diesem Beschlusse aufgeführten Beträge sind auf Grund des am 20.11.1950 vor dem Wiedergut - nachungsamt beim Landgericht Hamburg abgeschlossenen Vergleichs - VI/2 678 -1- - an Herrn Professor Dr. Matthes, Hamburg, abgetreten worden.

Der Anspruch der Berechtigten zu Ziffer I,2 beträgt DM 577,18

Durch den in Ziffer I,3 genannten Beschlusse ist festgestellt worden, dass das Deutsche Reich verpflichtet ist, für entzogenes Unzugsgut im Werte von RM 6.000.- Schadensersatz zu leisten.

Übertrag

DM 1506.68

Gemäss § 16 BRUG richtet sich die Höhe des Schadensersatzbetrages nach dem Wiederbeschaffungswert, den das entzogene Umzugsgut am 1.4.1956 hatte. Dieser Wiederbeschaffungswert wird aus den in der Anlage ersichtlichen Gründen auf DM 9.000.- festgesetzt

Eine Nutzungsvergütung steht der Berechtigten nicht zu. Für Vorteile, die der Gebrauch des Umzugsguts gewährt hätte, wird gemäss § 16 BRUG ein Ersatz nicht geleistet. Sonstige Nutzungen sind der Berechtigten nicht entzogen.

Der Anspruch der Berechtigten zu Ziffer 1,3 beläuft sich also auf

DM 9 000.--

Durch den in Ziffer 1,4 genannten Beschluss ist das Deutsche Reich verpflichtet worden, für abgelieferte Gold- und Silbersachen im Entziehungswert von RM 2 188,20 Schadensersatz zu leisten.

Auch hier richtet sich die Höhe des Schadensersatzbetrages gemäss § 16 Abs.1 BRUG nach dem Wiederbeschaffungswert der abgelieferten Gegenstände am 1.4.1956. Dieser ist wie folgt festgestellt worden:

Nach einer Auskunft des Verbandes der Juweliere, Uhren-, Gold- und Silberwareneinzelhändler e.V., Sitz Hamburg, vom 24.10.1957 und auf Grund der Rechtsprechung der Wiederutmachungskammer des Landgerichts Hamburg (Beschluss vom 1.4.1958 - Wik 71/57) ist unter Berücksichtigung eines Abzuges "alt für neu" für Bestecksilber ein Grammpreis von DM 0,20 und für Korpus Silber ein solcher von DM 0,30 als angemessener Wiederbeschaffungswert am 1.4.1956 anzusetzen. Aus der Ankaufsgutttung Nr. 3309 vom 23.8.1940 ergibt sich, dass Silbersachen im Gewicht von 8800 Gramm abgeliefert worden sind. In welchem Verhältnis Besteck- und Korpus Silber zueinander stehen, ist jedoch aus diesem Verzeichnis nicht zu ersehen. Die Durchschnittsgewichte der abgelieferten Silbersachen sind daher anhand einer von Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der öffentlichen Leihhäuser aufgestellten "Mittelgewichtliste für Silbersachen" ermittelt worden.

Übertrag DM 10 506.68

Dennach sind für Bestecksilber 4 350 Gramm  
abzüglich zurückgegebener Teile 915 "

3 435 Gramm

zusätzlich seinerzeit nicht mit-  
berücksichtigter Teile (2 gr. und  
1 Kl. Messer mit gefüllten silbernen  
Heften etc.) = 220 "

3 655 Gramm

und für Korpussilber abzüglich  
zurückgegebener Teile = 1 975 Gramm  
anzusetzen.

Unter Zugrundelegung der o.e. Grammpreise  
beträgt der Wiederbeschaffungswert für das  
Bestecksilber

DM 731.--

und für das Korpussilber

DM 592.50

DM 1323.50

Hiervon ist der seinerzeit aus-  
gezahlte Erlös von RM 121.50,  
umgestellt 10 : 1 =

DM 12.15

abzusetzen =

DM 1311.35

Hinzu kommt der Wiederbe-  
schaffungswert der gemäße Ab-  
lieferungsquittung Nr. 3310 vom  
23.2.1940 abgelieferten Gold-  
und Schmuckstücken, deren Ent-  
ziehungswert in dem damaligen  
Verfahren mit RM 1347.70 berech-  
net worden ist.

Diesem Entziehungswert entspricht  
der Wiederbeschaffungswert unter  
Berücksichtigung eines Abzuges  
"alt für neu". Das ergibt sich aus  
der bereits erwähnten Auskunft des  
Juwelierversandes.

Für die abgelieferten Gold- und  
Schmuckstücken stehen der Berech-  
tigten daher DM 1 347.70  
zu.

Hiervon ist der sei-  
nerzeit ausgezahlte  
Erlös in Höhe von  
RM 180.--, umgestellt  
im Verhältnis 10:1 DM 18.-- DM 1329.70  
abzuziehen.

Der Anspruch der Berechtigten zu  
Ziffer I, 4 beläuft sich daher auf

DM 2 641.05

Übertrag

DM 13 147.73



Die Höhe des zu leistenden Schadens -  
ersatzbetrages beträgt insgesamt

DM 13 147.73

Hierauf ist gemäss § 36 ERUG das gewährte  
Darlehen von  
anzurechnen,  
so dass an die Berechtigten noch

DM 9 611.43

DM 3 536.30

auszuzahlen sind.

Der in Ziffer III genannte Anspruch auf Verzinsung des  
Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 ERUG.  
Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956  
zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung  
a l l e r festgestellten Rückerstattungsansprüche ver -  
bleibende Rest des in § 31 ERUG genannten Gesamtbetrages  
von 1,5 Milliarden Deutsche Mark noch nicht erschöpft  
ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung  
der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich  
dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundert -  
satz.

## VII.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6  
Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche  
Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Land -  
gerichts Hamburg gestellt werden.

Im Auftrag

gez:

( S c h m i e r )  
Regierungsassessor

*Medner*

## Anlage

Betr.: Feststellung des Wiederbeschaffungswertes per  
1. 4. 1956 von entzogenem Hausrat bzw. ent-  
zogenem Umzugsgut.

Der Wert der entzogenen Hausratsgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung ist durch den im Bescheid näher bezeichneten Beschluß (Vergleich) festgestellt worden. Durch die inzwischen eingetretene Rechtskraft dieses Beschlusses sind Einwendungen gegen die Höhe des festgestellten Entziehungswertes abgeschnitten. Die Oberfinanzdirektion kann und muß daher diesen Wert ihren Feststellungen unbeschadet zu Grunde legen. Sie hat sich darauf zu beschränken, festzustellen, wie sich dieser Wert infolge der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen verändert hat. Zu diesem Zweck ist eine Auskunft des Statistischen Bundesamtes eingeholt worden. Aus dieser Auskunft vom 4.12.1957 ergibt sich, daß im April 1956 die Preise für die Gegenstände, aus denen sich normalerweise entzogener Hausrat bzw. entzogenes Umzugsgut zusammensetzt, nämlich für Möbel aus Holz, Polstermöbel, Hausrat aus Glas, Porzellan und Steingut, Gardinen, Teppiche, Möbel- und Behangstoffe, Bett-, Haus- und Küchenwäsche, Bekleidung und Schuhe auf 172 % des Standes von 1940, auf 167 % des Standes von 1941 und auf 163 % des Standes von 1942 gestiegen sind. Diese Preissteigerung ist allerdings nur bei neuen Sachen eingetreten. Die Preise für Gebrauchsgüter sind seit dem Entziehungszeitpunkt nicht annähernd in diesem Maße gestiegen. Von Sachverständigen, die von den hamburger Gerichten ständig herangezogen werden, ist diese Tatsache in anhängigen Rückerstattungsverfahren mehrfach bestätigt worden. Diese Sachverständigen gehen davon aus, daß der Reichsmark-Entziehungswert im Verhältnis 1:1 auf Deutsche Mark umgestellt den Wiederbeschaffungswert ergibt.

Da die entzogenen Sachen zum großen Teil gebraucht gewesen sind, ist es nicht möglich, den Wiederbeschaffungswert in Höhe der vollen für Neuwaren ermittelten Preissteigerung festzusetzen. Es ist aber auch nicht richtig, nur deshalb, weil es sich um gebrauchte Sachen gehandelt hat, den Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 dem Entziehungswert ohne Rücksicht auf die inzwischen gestiegenen Preise gleichzusetzen. Da eine gerechte Schadensberechnung in diesen Fällen sowohl den Wert der Sachen auf dem Gebrauchsgütermarkt als auch deren Neuwert abzüglich einer gewissen Abschreibung für die Benutzung zu berücksichtigen hat (vergl. OLG Düsseldorf vom 8.1.1957 RZW 1957 S.73), muß auch der zur Errechnung des Wiederbeschaffungswertes zu ermittelnde Umrechnungsfaktor diesen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und von einem Mittelwert zwischen Preissteigerung für Neuwaren und Preissteigerung für Gebrauchsgüter ausgehen. Aus diesen Erwägungen heraus hält die Oberfinanzdirektion einen Umrechnungsfaktor von 1,5 für angemessen, d.h. der Wiederbeschaffungswert des entzogenen Hausrates per 1.4.1956 wird auf das 1 1/2-fache des Entziehungswertes in Deutscher Mark festgesetzt.



# Postzustellungsurkunde

über die Zustellung eines mit folgender Aufschrift versehenen Briefes:

Absender:

Finanzdirektion Hamburg  
HAMBURG 13  
Harvestehuder Weg 14

Abt. BV und BA -

Geschäftsnummer:

An

Herrn Rechtsanwalt

Oscar Tönnies

Hamburg - Wandsbek

Postanschrift:

19. Mai

9

/Ls.

OFD Hamburg

- O 5608 - W 13 - BV 43/434 -

Reg. Nr. 1656

Vfg.

Mit Postzustellungsurkunde! ✓

1.) Herrn

Rechtsanwalt und Notar  
Dr. Hermann Wilmanns

Hamburg - Blankenese

Bahnhofstrasse 31

Geschrieben 19.5.59  
Gelesen  
Abgesandt 20. MAI 1959

Betr.: Rückerstattungssache Dr. Rudolf Warburg

Anlage: 1 Bescheid - zweifach

In der Anlage übersende ich einen Bescheid nach dem Bundesrückerstattungsgesetz mit einer beglaubigten Durchschrift, die für Ihre Akten bestimmt ist.

Der Restbetrag des darin festgestellten Anspruchs wird in Kürze - wie im Fragebogen angegeben - auf das Ausländer-DM-Konto Dr. Rudolf Warburg Erben beim Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg, überwiesen werden.

2.) BV 11 m.d. Bitte, den Original-Bescheid zu siegeln

Im Auftrag

3.) Absendung

4.) Zda.

(Günther)

Regierungsassessor

wirt oder Vermieter	Wohnungsberechtigter Miethhaber -
selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, die in demselben Hause wohnenden - Hauswirt - Vermieter -, nämlich die	in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, die in demselben Hause wohnende - Hauswirt - Vermieter -, nämlich die
de zur Annahme bereit war, übergeben.	d zur Annahme bereit war, übergeben.
5. Verweigert Annahme (Kommt nur in den Fällen 1. 2 und 3 in Betracht)	Da die Annahme des Briefes verweigert wurde - und der Empfänger hier weder eine Wohnung noch ein Geschäftslokal hat -, habe ich den Brief am Orte der Zustellung zurückgelassen.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem zugestellten Brief vermerkt.

Hamburg Wandsbek, den 21. Mai 1959

**DR. HERMANN WILMANN'S**

Rechtsanwalt und Notar

bei dem Landgericht Hamburg und  
d. Hanseatischen Oberlandesgericht

**Bank- und Postscheckkonten:**

Commerzbank AG  
Westholsteinische Bank  
Hamburger Sparcasse von 1827, Konto-Nr. 65/365  
Deutsche Bank AG  
Vereinsbank - sämtlich Hamburg-Blankenese  
Postscheck: Hamburg Nr. 643 96

81  
HAMBURG-BLANKENESE, den 14. Juni 1961  
Postfach 763  
Bahnhofstraße 31  
Fernspr.: Hamburg 86 02 94  
Gerichtsfach 463  
Dr. W./D.

An die  
Oberfinanzdirektion Hamburg

H a m b u r g 13  
Harvestehuder Weg 14

Betr.: Rückerstattungsverfahren  
Ilse G. Warburg, Ww.  
(Dr. Rudolf Warburg Nachl.)  
Aktz.: W 13 - UA 5 - BV 46/461 -

Der Beschluß vom 17.5.1961 - Wiedergutmachungsamt beim  
Landgericht Hamburg, Z 23 908 - ist rechtskräftig.  
Die mit entsprechendem Rechtskraftzeugnis vom 12.6.1961  
versehene Beschluß-Ausfertigung liegt mir vor. Danach  
steht fest, daß der Fiskus verpflichtet ist, wegen un-  
gerechtfertigt entzogener Wertpapiere Schadensersatz zu  
leisten in Höhe von weiterer DM 2.968,73, die ich nun-  
mehr zu zahlen bitte an:

Dr. Rudolf Warburg Nachl.  
Ausländer-DM-Konto  
Brinckmann, Wirtz & Co.,  
Hamburg.

Der Rechtsanwalt

*Hermann Wilmanns*

1. Bescheidentwurf gefertigt
2. Erklärung hinsichtlich  
Absetzung Pfändung ist vom  
Brotkollauditorien tel. angefordert worden
3. Zur BA

*h 21/6.61*

Oberfinanzdirektion Hamburg  
ZV 1 BA  
15. JUNI 1961  
46  
7

25. Juli 1961

Reg.Nr.

4177

V f g .

Geschrieben	30. Juli 1961
Gelassen	14
Abgeschickt	

Ergänzungs - Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger ( Bundesrückerstattungsgesetz - BRÜG - ) vom 19.7.1957 ( Bundesgesetzblatt I, S. 734 ) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg den Berechtigten

1. der Freien und Hansestadt Hamburg,  
Sozialbehörde - Amt für Wiedergutmachung - ✓  
Hamburg 36, Dreibahn 54 - Az. Wg. 160104-13 - ✓

2. Frau Hse. Lydium Warburg geb. Olschhausen  
47, Long Beach, West-Horsley, Surrey, England ✓

als Rechtsnachfolger<sup>in</sup> nach Dr. Rudolf Warburg ✓

letzter inländ. Wohnort: Hamburg ✓

Bevollmächtigter: RA Dr. Hermann Wilmanns  
Hamburg - Blankenose  
Bahnhofstr. 31 ✓

im Anschluss an den Bescheid vom 19.5.1959 - Reg.-Nr. 1656- ✓

weiteren  
folgenden Bescheid

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Rechtstitel zugrunde:

Beschluss des Weidengüterverwaltungsamtes beim Landgericht Bamberg,  
vom 17. 5. 1961 - PR. L 23 908 - ✓

II.

Aus der in Ziffer I aufgeführten Rechtstitel steht der Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRuG folgender Anspruch zu:

© zu 2)

Zu I, 1)	DM
zu I, 2)	DM
zu I, 3)	DM
zu I, 4)	DM

~~Der hiernach insgesamt geschuldete Goldbetrag wird auf~~

DM 4.404,51 ✓

(i. U.: Viertausend vierhundertfünfzig 51/100 - Deutsche Mark) ✓  
festgestellt. Der der Berechtigten zu 2) in der Beziehung  
des ihr durch Bescheid vom 19. 5. 1959, zweitausenden Betrages  
von DM 13.147,73 insgesamt geschuldete Goldbetrag wird auf  
DM 17.552,24 ✓

[i. W.: Siebenzehntausendfünfhundertfünfzig 24/100  
Deutsche Mark] ✓  
festgestellt.



III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist <sup>zu Höhe von DM 13.147,73</sup> ~~alsbald nach~~  
~~Zustellung des Bescheides ausbezahlen.~~ <sup>bereits eingezahlt</sup>

Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind nach  
§ 32 Abs.2 und 3 BRUG <sup>nicht</sup> zunächst zu zahlen

DM

4.404,51 ✓

Der verbleibende Restbetrag von  
ist grundsätzlich bis zum Ende des Rechnungs-  
jahres 1961 zu zahlen.

DM

Im Falle des § 32 Abs.5 BRUG vermindert sich der Restbetrag  
auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des  
§ 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom  
Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34  
BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.  
1962 befriedigt. <sup>Bei auf den Betrag von DM 1.435,78 zu fallenden Zinsen</sup>  
<sup>sind mit Wirkung vom 23.7.1958 an die Frau und Hausstadt Hamburg</sup>  
<sup>zu leisten.</sup>

Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistende..  
Zahlung wird gemäss § 36 BRUG d folgende Darlehen  
angerechnet:

Die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden  
Zahlungen werden, soweit eine Anrechnung nach Ziffer  
nicht erfolgt, bis zur Höhe von DM <sup>gemäss § 37</sup>  
BRUG an das Land bewirkt.

Von dem unter Berücksichtigung der Ziffer ~~und Ziffer~~  
verbleibenden Betrag sind die nach Ziffer III und Ziffer IV  
jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von  
DM <sup>an d</sup> Berechtigte zu <sup>zu bewirken.</sup>

Stehen <sup>für 2)</sup> der Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten  
Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche  
gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt  
dieser Bescheid als Teil - Bescheid.

Da die Ermittlungen der Oberfinanzdirektion wegen der übrigen  
Ansprüche, die dem Berechtigten zustehen, noch nicht abgeschlossen  
sind ( § 40 BRUG), ist ein vorläufiger Bescheid zu erteilen.



g r ü n d e :

- 4 -

84

[siehe Rückseite]

Der in Ziffer IV <sup>pp.</sup> genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRÜG. Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung a l l e r festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRÜG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Bescheid kann ~~können~~ ~~die~~ Berechtigte(n) zu 1) innerhalb einer Frist von drei Monaten, ~~die~~ Berechtigte(n) zu 2) innerhalb einer Frist von sechs Monaten, beginnend mit dem Tage der Zustellung dieses Bescheides, gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg beantragen.

Eine Rechtsmittelbelehrung entfällt, da der vorläufige Bescheid selbständig nicht anfechtbar ist.

Da Berechtigten wird ein ~~endgültiger~~ Bescheid erteilt werden, sobald die Ermittlungen gemäss § 40 BRÜG für die weiteren in zuerkannten Ansprüche abgeschlossen sind.

Festgestellt:

Nachgerechnet:

Im Auftrag

*Reiter*  
*10. 7. 6*

*22. 16. 61*  
*(Gäumer)*  
*Reg. Rat*

Gründe:

Hins denn in Ziffer I genannten Beschlüss ergibt sich die  
Verpflichtung des St Reiches, für entzogene Wertpapiere, die  
zum Zwecke der Dejo- und Auswanderungsabgabe abgeliefert  
worden sind, nach Maßgabe des Brinderständesattung.  
percher Schadensersatz in Höhe von insgesamt DM 4.404,57  
zu leisten, und zwar

- an die Berechtigten zn 1) in Höhe von DM 1.435,78 ✓
- an die Berechtigten zn 2) in Höhe von DM 2.968,73 ✓

Durch Bescheid vom 19.5.1959, Reg.-Nr. 1656, sind  
den Berechtigten zn 2) bereits Schadensersatzansprüche  
in Höhe von ..... DM 13.147,71  
Zuerkannt worden.

Von dem insgesamt festgestellten Schadensersatz-  
betrag in Höhe von ..... DM 17.554,41

ist der an die Berechtigten zn 2) bereits ein-  
gedachte Betrag in Höhe von ..... DM 13.147,71  
abzuziehen. Der Restbetrag in Höhe von ..... DM 4.404,57

ist gemäß § 32 Abs. 2 BRG wie folgt einzuzahlen:

- an die Berechtigten zn 1) ✓ = DM 1.435,78 ✓
- an die Berechtigten zn 2) ✓ = DM 2.968,73 ✓

kp.